

Lübeck, 27.11.2018

Antrag

Bearbeitung: Hans-Jürgen Martens (E-Mail: Telefon: 122-2372)

DIE LINKE: Haushaltbegleitbeschluss zur VO/2018/06466 TOP 10.17 Haushalt 2019 - Kampfmittelräumung

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
29.11.2018	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen,

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt ein tragfähiges Konzept zur kostenneutralen Bewältigung der Aufgabe der Kampfmittelräumung zu erarbeiten und dem Bauausschuss darüber fortlaufend Bericht zu erstatten.
- 2.) Hierbei ist das langfristige Ziel die Erstellung eines Verdachtsflächen-Katasters, um entstehende Kosten rechtzeitig beziffern und entsprechend gegenfinanzieren zu können, so dass weder dem Haushalt Kosten entstehen, noch Wertverlust bei Grundstücksverkäufen droht.
- 3.) Die Verwaltung wird insbesondere aufgefordert mit dem Land Gespräche zu führen, ob und in welcher Höhe entstandene und entstehende Kosten der Kampfmittelräumung aus den Jahren 2015 bis 2018 bei alliierter Munition durch bereitgestellte Mittel des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, die den Ländern zur Kampfmittelräumung zur Verfügung gestellt werden, gedeckt werden können.
- 4.) Der Bürgermeister wird beauftragt explizit eine Gesamtaufstellung der entstandenen Kosten der Kampfmittelräumung alliierter Munition vorzulegen und Bericht zu erstatten, in welcher Höhe diese nach Rücksprache mit dem Land durch Fördermittel gedeckt werden können.

Begründung:

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 12. November 2015 beschlossen, dass der Bund den Ländern als einmalige Maßnahme vorübergehend bis zu 50 v. H. der ihnen tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Kosten für die Beseitigung ehemals alliierter Kampfmittel auf nicht bundeseigenen Liegenschaften sowie von Weltkriegsmunition ungeklärter oder gemischter Herkunft erstattet. Das Land Schleswig-Holstein hat bisher in den unterschiedlichsten Haushaltsjahren kaum bis gar keine dieser Mittel in Anspruch genommen.

Eine Anfrage der Linksfraktion an den Bauausschuss Lübecks hat ergeben, dass die Verwaltung Kosten der Kampfmittelräumung bisher entweder auf Investoren umlegt - was nach unserer Interpretation zum Wertverlust bei Grundstücksverkäufen führt - oder bei städtischen Bauvorhaben die Kosten selbst trägt. Ein Monitoring über entstehende und zukünftig zu erwartende Kosten der Kampfmittelräumung findet bisher nicht statt. Die Fraktion DIE LINKE möchte hier zu einem nachhaltigen Monitoring der Kosten kommen und insbesondere klären, ob und in welcher Höhe der Stadt finanzieller Schaden entstanden ist, aufgrund der Nicht-Inanspruchnahme von Fördermitteln.

Anlagen :

Vorsitzende/r
der Fraktion Die Linke